

# Profil **Kanada**



Ottawa, Kanada

Jahrgang 1, Nr. 3

30. Januar 1974

Neue Einwanderungspolitik für Kanada, S. 1

Sommerprogramm für kanadische Studenten in Deutschland, S. 3

Gepäck keine Last, S. 4

Pilze in der Arktis als Navigationshilfe, S. 4

Zusammenführung chinesischer Familien in Kanada, S. 5

## Neue Einwanderungspolitik für ein Kanada der Zukunft

Der kanadische Minister für Arbeits- und Einwanderungsfragen, Robert Andras, kündigte kürzlich die Ernennung eines Sonderausschusses an, dessen Aufgabe es sein würde, neue einwanderungspolitische Richtlinien für Kanada zu erarbeiten.

"Um eine neue Einwanderungspolitik formulieren zu können, müssen wir uns erst einmal darüber einigen, wie wir uns das Kanada von morgen überhaupt vorstellen", sagte der Minister. "Wir brauchen genau umrissene, fundierte Ziele für das Bevölkerungswachstum, für die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Stadt- und Landgebiete und Regionen und für die gesellschaftliche und kulturelle Umwelt von morgen." Es folgt die Rede des Ministers im Wortlaut:

"Das zur Zeit geltende Einwanderungsgesetz geht auf das Jahr 1952 zurück. Es wurde im Geist der Nachkriegsjahre abgefaßt, wurzelt aber eigentlich in den Gesetzen, die von den zur Jahrhundertwende in Kanada herrschenden Bedingungen und Problemen geformt worden waren.

"Seither haben jedoch in Kanada und der Welt einschneidende Veränderungen stattgefunden, die nicht zuletzt den Zeitgeist und die allgemeinen Wertbegriffe betreffen. Dazu zählt der Trend, daß kinderreiche Familien in Kanada immer seltener werden. Unsere Fruchtbarkeitsziffer hat derart abgenommen, daß sie an sich ein Gleichbleiben oder sogar Abnehmen der Bevölkerung erwarten ließe. Wegen der sinkenden Geburtenziffer und der voraussichtlich andauernden Bevölkerungsabnahme durch Auswanderung wird die Einwanderung wohl mehr denn je für den Bevölkerungsstand Kanadas ausschlaggebend sein.

"Gleichzeitig erleben wir auch die Folgen des Bevölkerungswachstums - gute wie weniger gute. Manche unserer Großstädte wachsen auf Kosten von kleineren Gemeinden und Landbezirken im näheren und weiteren Umkreis. Sind wir gewillt, die Folgen dieser Unausgewogenheit in Kauf zu nehmen? Wollen wir weiterhin Einwanderer, und sollen diese sich wie bisher größtenteils in den Ballungsgebieten niederlassen, wo das Bevölkerungswachstum sowieso